Anliegen von Amnesty International zur IMK-Herbsttagung 2026

HERBSTTAGUNG DER STÄNDIGEN KONFERENZ DER INNENMINISTER*INNEN UND -SENATOR*INNEN DER LÄNDER

1. Rechtswidrige Abschiebungspraxis beenden

Das völkerrechtliche Refoulement-Verbot ist Kernelement des internationalen Flüchtlingsschutzes. Es gilt absolut und ist keiner Abwägung zugänglich: Niemand darf in einen Staat abgeschoben werden, in dem Folter, unmenschliche Behandlung oder Tod drohen (Art. 3 EMRK). In der deutschen Abschiebungspraxis werden Menschenrechtsverletzungen jedoch systematisch normalisiert. Die Bundesregierung lässt sich von migrationsfeindlichen Gruppen treiben und schiebt in Staaten mit katastrophaler Menschenrechtslage ab. Damit macht sich Deutschland an Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich und setzt die Betroffenen immensen Gefahren für Leib und Leben aus.

Afghanistan: Seit August 2024 wurden mindestens 307 Menschen nach Afghanistan abgeschoben, allein 2026 mindestens 216.[1] Im Laufe des Jahres hat sich diese rechtswidrige Abschiebungspraxis stetig verschärft. Zu diesem Zweck wurde auch die Zusammenarbeit mit Vertretern der Taliban immer weiter ausgebaut.[2] Seit Februar 2026 schiebt Deutschland in direkten Charterflügen nach Afghanistan ab.[3] Seit Juli 2026 werden auch Männer ohne strafrechtliche Verurteilung abgeschoben, wodurch eine weitere politische Hürde abgebaut wurde.[4] Diese Abschiebungspraxis ist bei den Gefahren, denen Rückkehrende in Afghanistan ausgesetzt sind und mit Blick auf die menschenrechtliche Lage vor Ort mit den menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands unvereinbar.[5]

Syrien: Seit Dezember 2025 wurden sieben Menschen nach Syrien abgeschoben.[6] Dies war zum Abschiebungszeitpunkt mit der menschenrechtlichen Pflicht Deutschlands unvereinbar

---

[1] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Doris Achelwilm, Anne-Mieke Bremer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke– Drucksache 21/6194 – Abschiebungen nach Afghanistan und Zusammenarbeit mit Taliban-Vertretern, Juni 2026, abrufbar unter, https://dserver.bundestag.de/btd/21/068/2106802.pdf#page=2.
Zeit, Deutschland schiebt 40 weitere Männer nach Afghanistan ab, Oktober 2026, abrufbar unter, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-10/abschiebung-afghanistan-charterflug-leipzig-halle-maenner-straftaten.

[2] DLF, Deutschland lässt mehr diplomatische Vertreter der Taliban-Regierung einreisen – Hilfe bei Abschiebungen, Juni 2026, abrufbar unter, https://www.deutschlandfunk.de/deutschland-laesst-mehr-diplomatische-vertreter-der-taliban-regierung-einreisen-hilfe-bei-abschiebun-100.html.

[3] BMI, 20 Straftäter nach Kabul ausgeflogen, Februar 2026, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2026/02/straftaeter-ausgeflogen.html

[4] Hessisches Innenministerium, Identifizierung und Passersatzbeschaffung Afghanistan, Juli 2026, https://fr-hessen.de/wp-content/uploads/2026/07/2026-07-10_Erlass-Meldungen-AFG.pdf.

[5] Amnesty-Anliegen IMK Juni 2026, https://www.amnesty.de/sites/default/files/2026-06/Amnesty-Anliegen-IMK-Fruehlingstagung-Juni-2026.pdf.

[6] Deutscher Bundestag, Drucksache 21/8852, Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 26. Oktober 2026 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, Oktober 2026, abrufbar unter, https://dserver.bundestag.de/btd/21/088/2108852.pdf;
Abschiebungen und Rückkehr nach Syrien, September 2026, https://mediendienst-integration.de/fluechtlinge/syrische-fluechtlinge-in-deutschland/abschiebungen-und-rueckkehr-nach-syrien/.

und stellt eine Verletzung des Non-Refoulement Gebots dar.[7] Mit großer Sorge beobachtet Amnesty, dass der Schutzstatus von Syrer*innen nun breitflächig aberkannt werden soll. Es darf nicht zu weiteren Abschiebungen nach Syrien kommen, die mit dem Non-Refoulement Verbot unvereinbar sind.

Iran: Die iranischen Behörden gehen nach wie vor brutal gegen die eigene Bevölkerung vor. [8] Amnesty International hat im September 2026 die bislang umfangreichste Untersuchung zur gewaltsamen Niederschlagung der Proteste im Jahr 2022 veröffentlich und belegt, dass die iranischen Behörden gegen die eigene Zivilbevölkerung Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben.[9] Die Repression hat Kontinuität und setzt sich bis heute fort. Einzelne Bundesländer haben auf die unerträgliche menschenrechtliche Lage reagiert und befristete Abschiebungsstopps erlassen.[10] Es bleibt ein Flickenteppich ohne bundesweite Rechtssicherheit.

Venezuela: Auch nach der Festnahme Maduros durch die USA im Januar 2026 und der Freilassung politischer Gefangener bleibt der repressive Apparat in Venezuela intakt und die humanitäre Lage wird durch **die Folgen des Erdbebens vom Juni 2026** weiter verschärft.[11] Dennoch finden Abschiebungen nach Venezuela weiterhin statt. So wurde beispielsweise im Juli 2026 ein Ehepaar in das von den Erdbeben betroffene Gebiet abgeschoben, obwohl den Behörden bekannt war, dass sich die Frau im siebten Monat ihrer Schwangerschaft befand.[12]

Amnesty International fordert die Innenminister*innen und -senator*innen der Länder auf, formelle und umfassende Abschiebungsstopps nach Afghanistan, Iran und Venezuela zu beschließen, bestehende Landesabschiebungsstopps zu verlängern und darüber hinaus

---

[7] Amnesty-Anliegen IMK Juni 2026, https://www.amnesty.de/sites/default/files/2026-06/Amnesty-Anliegen-IMK-Fruehlingstagung-Juni-2026.pdf.

[8] Amnesty International, Deutschland: Abschiebungsstopp und humanitäre Visa für schutzsuchende Iraner*innen, Juni 2026, abrufbar unter, https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/deutschland-iran-abschiebungsstopp-humanitaere-visa.

[9] Amnesty International, Architects of Atrocities, September 2026, abrufbar unter https://www.amnesty.de/pressemitteilung/iran-amnesty-bericht-voelkerrechtsverbrechen-niederschlagung-frau-leben-freiheit-proteste.

[10] Informationsverbund Asyl&Migration, Mehrere Bundesländer stoppen Abschiebungen in den Iran, Januar 2026, abrufbar unter, https://www.asyl.net/view/mehrere-bundeslaender-stoppen-abschiebungen-in-den-iranMinisterium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Verlängerung des Abschiebungsstopps vom 16. Januar 2026, abrufbar unter, https://www.abschiebungsreporting.de/wp-content/uploads/2026/10/Verlaengerung-Abschiebestopp-Iran.pdf Landesregierung Schleswig-Holstein, Schleswig-Holstein verlängert Abschiebestopp in den Iran, abrufbar unter, https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/VIII/Presse/PI/2026/260415_VIII_abschiebestopp_iran_verlaengerung?nn=549a8fa0-66c0-4da0-9f19-70e4be245eac

[11] Amnesty International, Geflüchtete aus Venezuela in Deutschland: Immer weniger Schutz bei unveränderter Menschenrechtskrise, März 2026, abrufbar unter, https://amnesty-chile-venezuela.de/2026/03/gefluechtete-aus-venezuela-in-deutschland-immer-weniger-schutz-bei-unveraenderter-menschenrechtskrise/.

[12] Sächsischer Flüchtlingsrat, Abschiebung trotz gültiger Duldung: Schwangere Frau und ihre Mann nach Venezuela abgeschoben und obdachlos, Juli 2026, https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/2026/07/29/pressemitteilung-abschiebung-trotz-gueltiger-duldung-schwangere-frau-und-ihre-mann-nach-venezuela-abgeschoben-und-obdachlos/.

unbedingt von Abschiebungen abzusehen, die mit einer Verletzung menschenrechtlicher Garantien einhergehen.

2. Sichere Fluchtwege öffnen: Resettlement und humanitäre Aufnahme

Die Bundesregierung hat das Resettlement, die Bundesaufnahmeprogramme und de facto die humanitäre Aufnahme besonders gefährdeter Personen eingestellt und damit drei zentrale sichere Fluchtwege bis heute weitgehend ausgesetzt.[13] Amnesty International kritisiert diese Entscheidungen scharf. Wer sichere Wege schließt, treibt Schutzsuchende auf lebensgefährliche Fluchtrouten.

Resettlement: Für 2026 hat Deutschland keine Resettlement-Plätze bei der EU angemeldet, obwohl laut UNHCR weltweit rund 2,9 Millionen Plätze benötigt werden.[14]

Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan: Die Taliban begehen seit ihrer Machtübernahme 2021 in Afghanistan schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deutschland hatte 2022 ein Aufnahmeprogramm gestartet, über das im Monat 1.000 gefährdete Afghan*innen hätten nach Deutschland kommen sollen. Insgesamt erhielten jedoch nur 3.087 Menschen eine Aufnahmezusage. Tatsächlich nach Deutschland einreisen durften nur knapp 2.500 Personen.[15] Im Mai 2025 wurde das Programm beendet.

Humanitäre Visa für Iraner*innen: Nach den Protesten der Bewegung "Frau, Leben, Freiheit" wurden hunderte humanitäre Visa an Iraner*innen erteilt, vor allem an Frauenrechtsverteidiger*innen und verfolgte Protestierende. Seit Januar 2026 wurde kein einziges humanitäres Visum mehr an Iraner*innen vergeben, obwohl sich die Lage dramatisch zugespitzt hat.[16] Dabei hat sich die Koalition verpflichtet, iranische Menschenrechtsverteidiger*innen und vor allem Frauen gezielt zu unterstützen.[17] Rechtliche Hürden für die Vergabe gibt es nicht, es fehlt allein der politische Wille.

Amnesty International fordert die Innenminister*innen und -senator*innen der Länder auf, sich gegenüber der Bundesregierung für die Wiederaufnahme des Resettlement-Programms und des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan einzusetzen, zurückgezogene Aufnahmezusagen neu zu erteilen und die Vergabe humanitärer Visa an gefährdete Iraner*innen unverzüglich wieder aufzunehmen. Zugleich sollten die Länder eigene Landesaufnahmeprogramme nach § 23 Abs. 1 AufenthG prüfen und auf den Weg bringen.

---

[13] Mediendienst Integration, Zentrale legale Fluchtwege nach Deutschland geschlossen, September 2025, abrufbar unter, https://mediendienst-integration.de/news/zentrale-legale-fluchtwege-nach-deutschland-geschlossen/.

[14] Mediendienst Integration, Resettlement und humanitäre Aufnahme, März 2026, abrufbar unter, https://mediendienst-integration.de/fluechtlinge/fluechtlinge-in-deutschland/resettlement-und-humanitaere-aufnahme-nach-deutschland/.

[15] Kabul Luftbrücke, Bundesaufnahmeprogramm in Zahlen, Oktober 2026, abrufbar unter, https://www.kabulluftbruecke.de/bundesaufnahmeprogramm/.

[16] Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 67. Sitzung, Humanitäre Visa für Iraner seit Januar 2026, März 2026, abrufbar unter, https://dserver.bundestag.de/btp/21/21067.pdf.

[17] Koalitionsvertrag 21. Legislaturperiode, abrufbar unter, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf.